

Rede zum 3. Oktober 2017 auf Einladung des CDU-Stadtverbandes

Unna,

Dr. Philipp Lengsfeld, MdB (18. WP, Wahlkreis Berlin-Mitte)

(Druckversion)

Sehr geehrter Herr Meyer,

liebe CDU Unna,

meine Damen und Herren,

dies ist nun meine zweite Rede zum 3. Oktober. Und meine zweite Rede zum 3. Oktober in Nordrhein-Westfalen. Letztes Jahr war ich in Ostwestfalen in Herford – und nun habe ich mich ein Stück weiter nach Westen gearbeitet – hier zu Ihnen ins Ruhrgebiet. Vielen Dank für diese Einladung nach Unna.

Ich habe meine Rede unter den sehr politischen Titel „Herausforderungen für Deutschland im 28. Jahr der Deutschen Einheit“ gestellt. Und tatsächlich will ich vor allem über die heutige Zeit und die Zukunft sprechen und weniger vom 3. Oktober 1990 und dem Einigungsprozess. Obwohl – und dies gilt es nie zu vergessen - dieses

Datum und seine direkte Vorgeschichte ohne Zweifel zu den **besonders glücklichen Momenten** in der deutschen Geschichte gehören. Und deshalb möchte ich zu Beginn dieser Rede doch einen Moment beim Vereinigungsprozess verweilen. Denn es gibt immer Aspekte, von denen wir im direkten Vergleich mit heute lernen können.

Nehmen wir nur den folgenden Punkt: Im Nachgang sieht der Weg zur Deutschen Einheit klar und alternativlos aus. Helmut Kohl hatte den richtigen Instinkt und führte nach dem Zusammenbruch der DDR beide deutsche Staaten mit geschickter Diplomatie zu einer schnellen Vereinigung. *Aber war es wirklich so einfach?* Nein, damals wurde zwischen den Parteien und in den Medien und der Öffentlichkeit sehr heftig über die Frage einer schnellen Wiedervereinigung gestritten und die verschiedenen Wege die dazu einzuschlagen sind. Blickt man auf die Debatten, auf die internationale Lage, auf die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland, so war die Wiedervereinigung und vor allem der Weg dahin bei weitem nicht so alternativlos, wie es im Nachhinein scheint. Die SED hatte sich gerade in PDS umgetauft und

versuchte, die völlig bankrotte DDR und ihre eigene Machtbasis zu retten. Die SPD hatte sich eigentlich wunderbar mit zwei deutschen Staaten arrangiert und verfiel dann ins Rumrechnen. Und die Grünen? Die Grünen wollten schon damals lieber übers Wetter, respektive über die sogenannte Klimakatastrophe reden. Sie hatten mit Deutschland nichts am Hut.

Und auch international wurden starke Zweifel an der deutschen Wiedervereinigung geäußert, insbesondere von Premierministerin Thatcher in Großbritannien.

Auf der bundesdeutschen Seite erkannten nur Helmut Kohl und die Union wirklich schnell die historische Chance zur Wiedervereinigung. Auf der ostdeutschen Seite gaben aber die sogenannten ‚einfachen Leute‘ den Takt vor. Sie sandten schon ab November/Dezember ´89 klare Signale, aus dem Schlachtruf ‚Wir sind das Volk‘ wurde ‚Wir sind ein Volk‘. Aber wirklich unübersehbar und überhörbar war das Signal, das ausging von einer **Wahl**, nämlich der Volkskammerwahl in der DDR im Frühjahr 90, der ersten, letzten und einzigen demokratischen, freien Wahl in der DDR. Bei der freien Volkskammerwahl am 18. März

1990 – drei Tage vor meinem 18. Geburtstag - haben die Ostdeutschen klar die Richtung vorgeben. Mit einem Erdrutschsieg für die Allianz für Deutschland unter Führung der CDU, der einzigen Kraft, die sich klar und eindeutig für eine schnelle Wiedervereinigung ausgesprochen hatte. Und mit einer krachenden Niederlage der SPD.

Übrigens zum großen Erstaunen der Demoskopen und Experten, die allesamt einen Wahlsieg der SPD vorhergesagt hatten. Später kamen dann die Ausreden: Es hieß dann, im Osten hätten nur bestimmte Leute Telefon gehabt, das hätte die Umfragen verzerrt. Das ist durchaus nicht ganz falsch – Telefon hatten vor dem Mauerfall vor allem die SED-Eliten und die führenden Köpfe der Opposition – die SED wollte ja wissen, was los ist. Das einfache Volk hatte dagegen in der Regel kein Telefon. Trotzdem fand ich die Ausrede schon damals sehr lahm – die Demoskopen und Experten lassen ja auch immer ihre Erfahrungen und Einschätzungen und leider viel zu oft auch ihre Wünsche in die Prognosen einfließen.

Da scheint sich übrigens bis heute etwas nicht groß verändert zu haben: Wochenlang wurde unionsintern erzählt, die Demoskopen von

INSA, die klarer Warnsignale bezüglich des Abschneidens der Union und der AfD ausgesandt haben, hätten keine Ahnung und würden Daten zusammenschustern – dabei lag nur dieses Institut mit den Kernzahlen vor der Wahl halbwegs richtig.

Aber zurück zu 1990: Bei der ersten gemeinsamen Wahl im Dezember kam dann die Bestätigung: 43,8 Prozent für die Union als Dank für Konsequenz und Standhaftigkeit, aber auch als Vorschuss für die Zukunftspläne. Und eine heftige Klatsche für die SPD und ihren Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine. Aber, und ich musste selber erst nachschauen, da ich mir nicht sicher war: Haben Sie eine Vorstellung, welche Stimmenanteile 1990 als schwere Niederlage der SPD galten? Genau: **33,5%**. 0,6 Punkte mehr, als die Union bei dem Sieg bei dieser Wahl errang. Das sind tektonische Veränderungen in der politischen Landschaft dieser Republik.

Generell, und das ist wichtig, wenn wir auf die heutige Zeit blicken, dominierte damals weder in der Politik noch in den Medien die Meinung, dass Helmut Kohl immer und in allem auf dem richtigen Weg

war. Auch nicht nach seinem glänzenden Sieg. Aber das zeichnet ja gerade eine starke Demokratie aus.

Und damit zur Gegenwart und zu einer Situation, in der in den letzten Jahren immer wieder das Gefühl erweckt wurde, der Regierungskurs sei alternativlos. Ich sage es klar: Natürlich hat die Kanzlerin, hat die Union die Wahl gewonnen. Aber es ist ein ganz bitterer Sieg.

Das Wahlergebnis hat tiefe Spuren bei uns in der Union hinterlassen. Viele Kolleginnen und Kollegen der Fraktion können Ihre gute Arbeit im Bundestag nicht weiterführen. Dies gilt für meinen lieben Kollegen Hubert Hüppe, Ihren CDU-Abgeordneten, aber gerade hier in NRW auch für viele andere, deren Arbeit ich in vier Jahren gemeinsamer Zeit schätzen gelernt habe. Und dies trotz der vielgeschmähten Vergrößerung des Bundestages, die NRW zusätzliche Mandate beschert hat. Eines davon hat den JU-Bundesvorsitzenden Paul Ziemiak noch ins Parlament gerettet, als vierten und letzten Listenabgeordneter der CDU aus NRW. Ich freue mich darüber sehr,

aber dies zeigt auch die ganze Dramatik, denn Paul Ziemiak hatte mit Platz 11 einen sehr, sehr guten Listenplatz.

Viele kompetente Kollegen aus NRW haben es nicht geschafft, Claudia Lücking-Michel aus Bonn, Sven Volmering aus Bottrop, Cemile Giosouf aus Hagen, mit allen dreien habe ich sehr gut im Bereich Bildung und Forschung zusammengearbeitet, aber auch Tim Ostermann aus Herford und Steffen Kanitz aus Dortmund. Alle diese Kollegen erwähne ich, da sie, wie ich selber, nach nur vier Jahren den Bundestag wieder verlassen müssen.

Aber nicht, dass hier ein falscher Eindruck entsteht – **wir wollen kein Mitleid und wir hadern auch nicht mit unserem Schicksal**, wir alle wussten, dass Mandate in einer Demokratie auf Zeit vergeben werden.

Der Sieg der Union hat also einen bitteren Beigeschmack. Und ich sage deutlich: Und dies gilt für die Union und dies gilt für das ganze Land: Ein ‚Weiter so‘ darf es nicht geben. Das betrifft zum einen Personen und Karrieren. Ich nenne beispielsweise den bayerischen

Ministerpräsidenten, der mit seinem schrecklichen Schaukelkurs, gerade beim Thema Asylkrise und Verhältnis zur Kanzlerin, der die konservativen Kräfte in der Fraktion massiv belastet hat, ein äußerst schwaches Wahlergebnis in Bayern eingefahren hat. Aber ich schaue natürlich auch auf die CDU: Der weitgehend inhaltsfreie CDU-Wahlkampf. In Erinnerung bleibt nur ein Wohlfühlslogan und seine absurde Abkürzung - #fediwidgugl- in Berlin haben sie sogar ein Haus so genannt, dass ansonsten eigentlich ganz schön. Dieser CDU-Wahlkampf lag in der Verantwortung des Generalsekretärs. Und schließlich will ich auch auf das durchwachsene Wahlergebnis des neuen, alten Bundestagsfraktionsvorsitzenden Volker Kauder verweisen, der wie kein anderer für die Erfolge, aber eben auch die Schwächen der abgewählten großen Koalition steht und jetzt die gleiche lange Zeit am Ruder ist, wie die Kanzlerin.

Aber das kein ‚Weiter so‘ gilt vor allem für Inhalte. Die Wählerinnen und Wähler sind nämlich pragmatisch genug, die persönlichen Aspekte hinten anzustellen, wenn die Probleme gelöst werden. Das Signal muss dabei heißen: Wir haben verstanden. Und dies sage ich mit Blick auf



die nächsten Wochen und die Koalitionsverhandlungen. Und Sie sehen es mir bitte nach, dass ich diese Analyse aus der Sicht eines CDU-Politikers und zwar eines CDU-Politikers mit klarer liberal-konservativer Positionierung mache.

Also schauen wir kurz auf die Inhalte und da müssen wir in den heutigen Tagen mit Migration und innerer Sicherheit anfangen.

Ich hänge mich nicht an dem Begriff ‚Obergrenze‘ auf, aber ich sage ganz deutlich: Die illegale Migration nach Deutschland muss umgehend beendet werden – Menschen ohne Pass, ohne Nationalität, ohne bekanntes Alter, die aktiv ihre Herkunft verschleiern dürfen wir nicht mehr ins Land lassen. Und dafür brauchen wir keine neue Regierung, dies kann sofort umgesetzt werden. Warum Martin Schulz und die SPD diese Forderung, die im Kern nicht nur konservativ, sondern auch sozialdemokratisch und liberal ist, ja eigentlich sogar grün, nicht aufgegriffen haben, bleibt ihr Geheimnis. Die Frage wurde

im Kanzlerduell, ***viele nannten es ja ein Duett***, explizit und ganz konkret gestellt. Kanzlerin Merkel hat versucht zu erklären, warum sie die Lösung anders schaffen will. Und Martin Schulz, ihr Kontrahent und der Mann, der angeblich selber Kanzler werden wollte? Martin Schulz sagte einfach nichts, denn die SPD hatte sich vorgenommen, das Thema ungesicherte Grenzen nicht im Wahlkampf zu spielen. Jetzt haben die stolze SPD und Martin Schulz in der Opposition genug Zeit und Muße sich über ihr eigenes Versagen klar zu werden.

Denn wir müssen hin zu einer kontrollierten, gesteuerten und natürlich auch begrenzten Zuwanderung. Mit gesicherten Grenzen. Und mit den Säulen politisches Asyl für politisch Verfolgte, dies betrifft aber nur ganz wenige Migranten, Schutz für Kriegsflüchtlinge in Kontingenten in Absprache mit unseren Partnern in der EU, der UN und den jeweiligen Nachbarstaaten. Aber natürlich nicht unbegrenzt und nur in alters- und familiengemischten Gruppen. Aber diese Hilfe kann nur für ausgewählte Konflikte gelten. Und natürlich müssen die Maghreb-Staaten, Algerien, Tunesien und vor allem Marokko, endlich zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden – dies wird ja von den

Grünen und der SPD im Bundesrat immer noch blockiert. Und ja, dies ist die dritte Säule, wir können über eine Verbesserung der gezielten Wirtschaftseinwanderung reden – hier haben wir Instrumente, aber die können und müssen wohl verbessert werden. Aber auch das nicht unbegrenzt.

Der irre Zustand vom Herbst, Winter 2015 darf sich niemals wiederholen, an den Folgen des wochenlangen Kontrollverlusts werden wir noch lange zu knabbern haben.

Und wir brauchen Integration, mit gegenseitigem Verständnis, mit Toleranz und Weltoffenheit, aber auch mit klaren Regeln. Und zwar unseren Regeln. Und am Ende einer erfolgreichen Integration steht natürlich die Assimilation. Das können wir in der erfolgreichen Integration und Assimilation der Hugenotten aus Frankreich sehen und ebenso bei den Migranten aus Polen, die sich im 19. Jahrhundert ja auch gerade hier bei Ihnen im Ruhrgebiet niederließen.

Und wir brauchen ein deutliches mehr an innerer Sicherheit. Ich erspare Ihnen Details. Und natürlich müssen wir unsere Armee stärken.

Wir müssen unser Bildungssystem, vor allem die Schulsysteme deutlich verbessern. Unsere Infrastruktur muss runderneuert werden. Bei den letzten beiden Punkten gibt es natürlich eine riesige landespolitische Verantwortung – ich könnte Ihnen aus Berlin mein Leid klagen, aber ich weiß, dass die Situation in NRW auch alles andere als erfreulich ist. Deshalb war ja der Wechsel der Landesregierung auch so wichtig und ich wünsche Ministerpräsident Armin Laschet und seiner Regierung viel Kraft diesen Berg an Problemen zügig zu verkleinern – der Bund wird dies tatkräftig unterstützen.

Und wir brauchen eine soziale Marktwirtschaft, die wirtschaftsfreundlich ist, aber wo die sozialen Aspekte auch nicht vergessen werden. Die Nöte und Belastungen des Mittelstands und der kleinen Betriebe und Handwerker müssen unbedingt im Blick

behalten werden. Unser Arbeitsmarkt muss flexibel sein und trotzdem dürfen die Belastungen für die Einzelnen nicht zu groß werden.

Dies sind riesige Aufgaben und bei vielen Punkten wird mir angst und bange, wenn ich daran denke, wie grünlinke, dogmatische Glaubenssätze in diesen Fragen aussehen. Aber ich sage Ihnen auch, dass wir nach den vier Jahren großer Koalition an das Ende der Verteilungs- und Ausgleichspolitik alter Schule gestoßen sind. Mit den Sozialdemokraten kann man momentan z.B. nicht vernünftig über die Rentensituation reden – natürlich müssen wir in Deutschland länger arbeiten. Das heißt ja nicht, dass einer mit 60, 65 unbedingt noch im gleichen Job ewig weiterarbeiten muss. Nein, wir brauchen neue Flexibilität und Arbeitsplätze, wo auch Menschen im fortgeschrittenen Alter eine verantwortungsvolle und spannende Aufgabe übernehmen können. Die Möglichkeit, wie Wolfgang Schäuble, mit 75 Jahren noch eine neue große Aufgabe zu bekommen sollte eben nicht nur im Management, im Showgeschäft oder der Politik gelten.

All diese Dinge muss die neue Regierung anpacken. Und ich bin gerade mit Blick auf die Grünen schon ein wenig skeptisch, aber andererseits

ist es eine Aufgabe, die wie geschaffen ist für die Kanzlerin. Das politische Schicksal von Angela Merkel ist an Jamaika gekettet. Es wird ihre Aufgabe sein, die teilweise sehr widersprüchlichen Ziele und Vorstellungen von CSU bis linkem grünen Flügel zum Wohle Deutschlands in guter demokratischer, kompromissorientierter Weise zusammenzuführen. Ich wünsche Ihr dabei viel Kraft und alles Gute und bin – hier wiederhole ich mich gerne – optimistisch, dass sie es packen wird. Das Wahlergebnis und die Erfahrungen der letzten vier Jahre lehren uns aber auch, dass wir keine Kompromisse eingehen dürfen, die zu viele unserer Kernpositionen aufgeben.

Hier möchte ich einen Schnitt machen.

Ich will mich nun im zweiten Teil meiner Rede ein wenig von den aktuellen Fragen wegbewegen und einige grundsätzlicherer Dinge ansprechen.

Es gab ja nicht wenige, die im Vorfeld dieser Bundestagswahl die Demokratie in Deutschland gefährdet sahen. Und die Situation, dass knapp über 20% der Sitze im Deutschen Bundestag von zwei Parteien mit teilweiser extremer Programmatik gestellt werden, ich rede von der Linkspartei und der AfD, ist für die Bundesrepublik tatsächlich neu. Es ist definitiv keine gute Nachricht, aber es ist auch nicht die Katastrophe, die insbesondere vor der Wahl gerne an die Wand gemalt wurde. Denn andererseits bedeutet dies auch, dass 80% der Abgeordneten des Deutschen Bundestags von Parteien gestellt werden, die demokratische Traditionen und gemäßigte Programmatik haben, das sind Union, SPD, FDP und Grüne. Diese 80% reichen zunächst vollkommen, aber die Sache ist natürlich alles andere als auf die leichte Schulter zu nehmen. Denn mit 20% ist eine kritische Größe erreicht – unsere Demokratie muss sich wehren und kann sich wehren. Dies erfordert meines Erachtens nach aber stark erhöhte Anstrengungen. Und eben nicht im Konsens, sondern im demokratischen Wettstreit. Aus meiner Sicht sollten diese

Anstrengungen unter dem folgenden Leitmotiv stehen:  
Differenzierung – Leistung – Verantwortung.

### Warum **Differenzierung**?

Die letzten Jahre haben die Schwächen der deutschen Konsensdemokratie massiv offenbart. Diese Gesellschaft hat es in ihrem Streben, bestimmte Konflikte und Entscheidungen wegzuharmonisieren, fast verlernt, genau hinzusehen. In der Asylkrise ist dies besonders deutlich geworden, als fast die gesamte deutsche Öffentlichkeit plötzlich nur noch „Flüchtlinge“ kannte. Damit wurden die vollkommen unterschiedlichen Problem-, Hoffnungs- und Illusionslagen der unterschiedlichen Gruppen von Migranten und Kriegsflüchtlingen ausgeblendet. Fast völlig planlos stolperte unsere Gesellschaft in die unkontrollierte Aufnahme von über einer Million Menschen, weil in kollektiver Euphorie weder Politik, noch Medien, noch Wirtschaft bereit und in der Lage waren zu differenzieren. Es wird großer gemeinsamer Anstrengungen bedürfen, viele davon



schmerzhaft, um die Folgen dieser Politik wieder einigermaßen einzufangen.

Die destruktive Wirkung des Ersetzens von pragmatischer Realpolitik durch moralische Imperative kann man aber auch an weniger stark umstrittenen Politikfeldern besichtigen. Wir müssen z.B. schnellstens unsere diversen Grenz- und Richtwerte einer Prüfung und Revision unterwerfen. Und zwar mit mehr Ehrlichkeit, Sachverstand und weniger Ideologie. Nehmen wir ein Beispiel: wir werden im Land der Ingenieure kein „Endlager“ für langlebige atomare Abfälle in Deutschland finden, welches „eine Million Jahre sicher“ ist. Wer diese Zahl für einen schlechten Scherz hält, lese das entsprechende Gesetz. Ich war selber Ko-Berichterstatter aus dem Bereich Forschung, aber als ich die Verantwortlichen gefragt habe, wie diese Phantasiezahl da in den Gesetzestext kam, bekam ich nur ein Achselzucken. Aber Setzungen, die nie erreicht werden können, dürfen in einer demokratischen Gesellschaft auch nicht gemacht werden. Wir werden niemals eine Lagerstätte für langlebige hochradioaktive Abfälle in

Deutschland finden, von der wir ehrlichen Herzens sagen können, dass sie für eine Million Jahre sicher ist.

Oder nehmen wir das Reizthema Diesel. Viele hier im Raum wird dies direkt betreffen. Hier ist das Thema Feinstaub- und Stickoxid-Grenzwerte in Kombination mit unseren CO<sub>2</sub>-Zielen und daraus abgeleiteten CO<sub>2</sub>-Grenzwerten. Wir untergraben die Basis für unsere momentane Mobilität und die entsprechende Wertschöpfung in Deutschland, ohne über die Konsequenzen ehrlich und abgewogen zu diskutieren. Denn es scheint nicht nur so zu sein, dass die Feinstaub- und Stickoxid-Grenzwerte völlig überzogen sind, sondern wir leisten uns auch noch die maximal ungünstigen Messbedingungen. Aber auch beim Thema CO<sub>2</sub>, was ja im Gegensatz zu Feinstaub und Stickoxiden für den Menschen nicht direkt gesundheitsschädlich ist, machen wir uns zu oft etwas vor. Alle reden ja jetzt von Elektromobilität. Und ich bin kein Gegner der Elektroautos. Die Motoren sind leise und leistungsstark. Und es gibt keine direkte Emission von Schadstoffen – besonders für große Innenstädte interessant. Aber die Reichweite ist ein Witz, die Batterien schwer und die Ladestruktur für alle Beteiligten

eine Zumutung. Aber vor allem: Auch eMobilität verbraucht große Mengen CO<sub>2</sub>. In der Batterieherstellung und durch die Nutzung von Strom, solange dieser nicht 100% aus erneuerbaren Energien geliefert wird – was wir in diesem Land auch nie erleben werden oder erleben sollten, denn wir können nicht das ganze Land mit Windmühlen zapflastern. Die eAutos also als null-CO<sub>2</sub>-Autos einzustufen ist ein Coup, aber inhaltlich eine komplette Milchmädchenrechnung. Und das ist noch alles: Auch die heutige Batterieherstellung ist weder ökologisch noch nachhaltig. Wir lügen uns also ein Stück weit in die Tasche. Aber die betroffene Industrie hat es, ähnlich wie bei der sogenannten Energiewende, zugelassen, dass sich die Story der Weltrettung durch eMobilität festsetzt, obwohl dies jetzt ihre eigene Existenz gefährdet. Für mich ein klares Versagen der Industrie und ihrer Verbände, aber auch die Medien sind hier in der Pflicht.

Und über allem thront die Klimadebatte, über die im Detail zu sprechen den Rahmen meiner Rede deutlich sprengen würde. Aber auch hier herrscht in der öffentlichen Darstellung und der Propagierung der Ziele in Deutschland viel Unaufrichtigkeit.

Insbesondere was die Belastbarkeit der CO<sub>2</sub>-Modelle und – Modellierungen und der daraus gezogenen Schlussfolgerungen des Weltklimarats angeht. Eine davon - und die momentan besonders akute - ist der unsägliche Versuch jegliche moderne, konventionelle Energie- und Stromerzeugung, insbesondere moderne Kohletechnologie, zu verteufeln. Es wird höchste Zeit, dass wir in unserer hochentwickelten Industriegesellschaft die zweifellos wichtige Herausforderungen, wie Klimawandel und die weltweite Bevölkerungsentwicklung und die damit verbundenen Herausforderungen für Besiedlung, Ernährung und Wohlstand endlich auf dem fachlichen Niveau deutlicher oberhalb einer Kindergartengruppe und ohne deren moralischen Rigorismus diskutieren.

Wir brauchen also dringend mehr Differenzierung.

Und warum **Leistung**?

In diesem Land muss wieder mehr geleistet werden. Und Leistung bedeutet Wettbewerb. Zu oft hat man sich nämlich im Berliner Politikrummel untereinander arrangiert. Medien analysieren nicht kritisch genug und Verbände reden der Regierung nach dem Mund. Das Leistungsprinzip muss wieder auf allen Ebenen gelten. Wenn Verbände es nicht schaffen, die Interessen ihrer Sparte und Mitgliedsbetriebe ordentlich zu artikulieren und durchzusetzen, muss es Konsequenzen geben. Medien, gerade öffentlich-rechtliche Medien, können das Vertrauen der Bevölkerung nur behalten, wenn sie kritisch und fair berichten. Dazu muss man sich bei Recherche und Analyse richtig anstrengen. Glaubenssätze der Regierung nachzubeten reicht nicht aus. Und in den Parteien muss das Leistungsprinzip auch voll durchgesetzt werden. Wählerstimmen sind die Aktien der Parteien – wenn diese fallen, dürfen die Verantwortlichen nicht noch mit Mandaten oder Kandidaturen abgefunden werden. Politik muss in der Demokratie ein Geschäft auf Zeit sein. Hilfreich wäre da sicherlich auch eine Amtsbegrenzung für die herausgehobenen Ämter, wie die

Kanzlerschaft oder die Ministerpräsidentenämter, auf 3 Wahlperioden. Innerparteilich halte ich bei Nominierungen das Mitgliederprinzip für besser als Delegiertensysteme – eine echte Neuerung in der deutschen Parteiendemokratie wäre aber die Einführung von Vorwahlsystemen. Die Wählerinnen und Wähler haben im jetzigen System nämlich nur sehr geringen Einfluss auf die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten und haben – manchmal zu Recht – das Gefühl, dass in Teilen die Karrieren eher durch intransparentes, innerparteiliches Gekungel bestimmt werden und nicht so sehr durch Leistung. All dies erfordert aber umgekehrt auch eine größere Durchlässigkeit zwischen Politik und Wirtschaft. Natürlich transparent, aber politische Arbeit in einer Demokratie sollte Qualitätszeugnis, auf jeden Fall kein Makel sein.

Und warum **Verantwortung**?

Zu oft, wird Verantwortung nicht ernst genug genommen. In der Demokratie trägt jeder Mitverantwortung. In Wahlen und

Sachentscheidungen. Dabei sind Personenwahlen strikt geheim und Sachentscheidungen in gewählten Vertretungen immer offen und transparent. Warum? Nur wenn Personalwahlen geheim sind, kann man ohne Druck die Verantwortung übernehmen. Aber dann gibt es nach dem Auszählen auch keine Ausreden: Kein Kandidat ist alternativlos. Ich finde, dass in der Kabine Qualifikation, Leistung und Zukunftspläne deutlich über Loyalitätsbekundungen für alte Verdienste stehen sollten. Und auch bei Sachentscheidungen muss sich endlich jeder seiner Verantwortung bewusst werden. Dies gilt insbesondere bei den z.B. in Berlin ausufernden Volksentscheiden. Die Weichenstellungen gelten, und sie entfalten gravierende Wirkung: Wer sich z.B. in Berlin gegen den Bau tausender neuer Wohnungen entscheidet auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof, darf sich nicht wundern, wenn die Wohnungsnot bald auch sein unmittelbares Umfeld betrifft. Ich sehe zwar schon, dass Volksentscheide auch ein probates Gegenmittel zu dogmatischer Politik sein können – gerade im Bereich Bildung und Schule, aber insgesamt müssen wir alle mit den Elementen der direkten

Demokratie und anderer Sachentscheidungen sehr umsichtig umgehen.

Die deutsche Demokratie steht also nach dieser Wahl vor großen Herausforderungen, da wir es nicht gewohnt sind, 20% Kräfte von Parteien mit radikaler Programmatik im Parlament zu haben. Die Demokratie in Deutschland ist trotzdem nicht gefährdet, muss aber gestärkt werden. Dies ist eine Aufgabe der neu zu bildenden Regierung, des Parlaments im Allgemeinen und der Opposition im Besonderen, den Medien, der Wirtschaft und den Verbänden, aber auch der Öffentlichkeit insgesamt – schlicht eine Aufgabe für uns alle.

Mit einem mehr an Differenzierung, Leistung und Verantwortung und einem weniger an Ideologie, Angstmache und Populismus ist mir aber nicht bange, dass wir auch diese Herausforderungen im 28. Jahr der deutschen Einheit meistern werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.